



**Interpellation der SVP-Fraktion
betreffend öffentliche Sicherheit und Polizeipräsenz im Kanton Zug: Zurück zur Gemeindepolizei?
vom 19. Juni 2009**

Die SVP-Fraktion hat am 19. Juni 2009 folgende Interpellation eingereicht:

Ein Artikel in der Neuen Zuger Zeitung vom 27. Februar 2009 schreckte einmal mehr auf. Innert knapp zwei Stunden wurden am 26. Februar 2009 im Gebiet Casino / altes Kantonsspital in der Stadt Zug zwei Überfälle auf Passanten verübt. Beim ersten Opfer handelte es sich um einen 18-jährigen Mann, der gegen 18 Uhr beim Casino bewusstlos geschlagen und anschliessend ausgeraubt wurde. Beim zweiten Opfer handelte es sich ebenfalls um einen Mann im selben Alter. Auch dieses Opfer wurde niedergeschlagen und anschliessend ausgeraubt. Der Rettungsdienst Zug musste das Opfer mit einer Rissquetschwunde am Kopf, einer Hirnerschütterung sowie diversen Schürfwunden in das Kantonsspital überführen. Immer wieder werden Gewalttaten auf Passanten verübt. In Baar fürchtet sich die Bevölkerung am späten Abend zu Fuss alleine durch die Gemeinde zu gehen und im Ägerital spürt die Bevölkerung gar keine Polizeipräsenz mehr. Grosse Teile der Bevölkerung fühlen sich im öffentlichen Raum im Kanton Zug, insbesondere wenn es dunkel wird, nicht mehr sicher. Offensichtlich sind sie es auch nicht mehr.

Die Gewährleistung der Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Verschiedene Gemeinden sehen sich wegen offenkundigen Sicherheitslücken gezwungen, extern Sicherheit bei privaten Sicherheitsdienstleistern einzukaufen. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Gemeindeexekutiven der Ansicht sind, dass die Zuger Polizei ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist. Der Regierungsrat ist in dieser Sache offensichtlich gescheitert.

Dies vorausgeschickt, unterbreitet Ihnen die SVP-Fraktion die folgenden Fragen mit dem Ersuchen um schriftliche Beantwortung:

1. Findet der Regierungsrat die Häufung der Gewalttaten im Kanton Zug ebenfalls beunruhigend? Sieht der Regierungsrat einen Zusammenhang zwischen der spärlichen Polizeipräsenz im öffentlichen Raum und der zunehmenden Gewalttätigkeit?
2. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass die Zuger Polizei in den Gemeinden zu wenig mit Patrouillen zu Fuss präsent ist? Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass Polizeipräsenz auf den Strassen und vor Ort der Gewalt besser abträglich ist als tagelange Workshops und Podien über Jugendgewalt?
3. Was gedenkt der Regierungsrat konkret zu unternehmen, um die Sicherheit für die Zuger Bevölkerung wieder herzustellen? Bis wann gibt der Regierungsrat der Sicherheitsdirektion Zeit, um die Sicherheit für die Zuger Bevölkerung wieder herzustellen?
4. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass eine kantonale Polizei wegen ihrer Nähe zum Bürger und den Ortskenntnissen einer Bundespolizei in Sicherheitsfragen überlegen ist? Ist eine Gemeindepolizei nicht noch näher zum Bürger und kennt die Örtlichkeiten besser als die kantonale Polizei?

5. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass selbstverantwortliches Handeln wichtiger ist als Delegation der Verantwortung? Ist ein eigenes Polizeimittel in den Händen der Einwohnergemeinden effizienter, schneller und nachhaltiger für die Sicherheit auf den Strassen und im öffentlichen Raum als eine kantonale Polizei?
6. Die Gemeinden kaufen bei privaten Unternehmen Sicherheitsdienstleistungen ein. Unterstützt der Regierungsrat diese Privatisierung einer staatlichen Kernaufgabe? In welchen anderen Kernbereichen wird sich der Kanton in Zukunft auch noch zurückziehen?
7. Würde der Regierungsrat eine Änderung des Polizeigesetzes, welche den Einwohnergemeinden ermöglichte, freiwillig wieder eine eigene Gemeindepolizei unter dem Kommando der Gemeinde alleine oder als Zweckverband einzuführen, unterstützen?
8. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass allfällig auftretende Kompetenzabgrenzungsprobleme zwischen einer Gemeindepolizei und der Kantonspolizei in anderen Kantonen mit gemeindlichen Polizeikorps gelöst sind und dass der Regierungsrat fähig wäre, dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die solche Abgrenzungsprobleme ausschliesst?
9. Im Rahmen von Gewaltpräventionskampagnen appellieren die Behörden immer wieder an mehr Aufmerksamkeit und Zivilcourage und rufen dadurch zu mehr Eigenverantwortung auf. Die Bevölkerung muss sich offenbar nun eigenverantwortlich organisieren. Wie wird der Regierungsrat Quartiervereine unterstützen, die im Rahmen von Nachbarschaftshilfe durch patrouillierende Bürgerpolizisten die Sicherheit in den Quartieren gewährleisten?